

Sehr geehrter Herr Präsident Professor Stengler,

sehr geehrter Herr Professor Petry,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

zunächst darf ich mich bei Ihnen, Herr Professor Petry, sehr herzlich für die Einladung, und für Ihre freundlichen, einführenden Worte bedanken.

Es freut mich sehr, dass diese Vortragsreihe heute Abend in der Centralstation stattfindet, dem ersten Darmstädter Elektrizitätswerk. Das E-Werk in der Centralstation – so ist nachzuschlagen - machte Darmstadt im Jahre 1888 nach New York und Berlin zur dritten Stadt weltweit mit einer Flächenstromversorgung. An der Planung dieses Hauses wirkte damals der Darmstädter Elektrotechnik-Pionier Erasmus Kittler mit, der hier in Darmstadt den ersten Studiengang für E-Technik an einer Hochschule gründete und der heute einer der Namensgeber für einen Preis unserer HSE Stiftung ist.

Die gemeinsamen Partner NATURpur Institut und Hochschule Darmstadt in Kooperation mit der Centralstation sowie der Wissenschaftsstadt Darmstadt haben mit diesem Veranstaltungsort einen für die Energieentwicklung in Deutschland insgesamt und auch für mein Unternehmen, die HSE, historischen Ort gewählt.

Insofern fühle ich mich heute Abend hier auf heimischem Boden und ganz wohl, und freue mich, dass ich zu Ihnen sprechen darf.

„*Wirtschaftliche Herausforderungen für die Energiewirtschaft und die Kommunen in Folge der Energiewende*“ lautet mein Thema, das vor dem Hintergrund der Bundestagswahl und der Landtagswahl in Hessen aktueller nicht sein könnte.

Meine Damen und Herren.

Die Energiewirtschaft ist traditionell sehr stark abhängig von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die von der Politik gesetzt werden.

Dabei ist der Einfluss der Bundesregierung, hinsichtlich des übergeordneten Rahmens, ohne Zweifel größer - wengleich die Länder zum einen über den Bundesrat eingreifen können und zum anderen regionale - oder in der Sprache der Energiewirtschaft - dezentrale Ziele selbständig definieren können. Am Einfluss der Politik auf unser Geschäft hat sich auch in den Zeiten des Wettbewerbs nichts geändert.

Denn:

der Wettbewerb findet vornehmlich im Endkundenmarkt statt.

Sie, meine Damen und Herren, haben selbstverständlich die Wahl, den Energieversorger Ihres Vertrauens auszuwählen. Und ich hoffe natürlich, dass Sie Ihr Vertrauen Ihrem örtlichen Energielieferanten, der Entega, schenken. Denn damit tun Sie etwas für eine nachhaltige Energiewirtschaft und für unsere Stadt und die Region Südhessen.

Warum ist das so?

Sechs gute Gründe möchte ich Ihnen zu Beginn mit auf den Weg geben, und – keine Sorge – es geht nicht nur um Werbung in eigener Sache, das hat auch mit unserem heutigen Thema zu tun:

1. Unser heutiger Veranstaltungsort - die Centralstation - liefert Ihnen schon einen wichtigen Grund:
Wir sind von hier! HSE / Entega ist seit mehr als 100 Jahren Ihr ebenso zuverlässiger wie leistungsorientierter Grundversorger in Darmstadt und Südhessen. Wir haben das Netz dieser Stadt und dieser Region aufgebaut. Wir kennen hier sozusagen jeden Rohrgraben. Und auf uns können Sie sich auch verlassen, wenn es einmal einen Netzausfall geben sollte.

2. Weit über 2.000 Arbeitsplätze und 130 Ausbildungsplätze bei HSE / Entega hier vor Ort und zusätzlich über 5.000 Arbeitsplätze bei Zulieferern und Dienstleistern in der Region werden dauerhaft gesichert, wenn wir unseren Strom sowie unser Erdgas erfolgreich am Markt, an Sie, an die Bürger und die Unternehmen dieser Region verkaufen.
3. HSE / Entega ist kein namenloser Konzern sondern gehört zu nahezu 100 % der Stadt Darmstadt und damit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt sowie der Landkreise. Wir sind also auch im eigentumsrechtlichen Sinne Ihr Unternehmen.
4. Demzufolge vertrauen Sie Ihre persönlichen Bank- und Kundendaten auch nicht einer anonymen Datenbank an, sondern einem Ihnen bestens bekannten Dienstleister. Sie können beispielsweise sicher sein, dass wir Ihre Daten an niemand anderen verkaufen, eine Praxis der man heute schon bei einem im Internet gekauften Buch wehrlos ausgeliefert ist. Energieanbieter kennen eine ganze Reihe an Daten ihrer Kunden. Und wir garantieren für den sehr, sehr sorgfältigen Umgang damit. Sie können uns erreichen, persönlich, telefonisch, Sie können bei uns vorbei kommen, Sie kennen uns ja.
5. HSE / Entega arbeitet seit vielen Jahren energiewirtschaftlich nachhaltig und hilft Ihnen beim Energiesparen. Wir haben früh in Erneuerbare Erzeugung und in moderne Kraftwerke investiert. Vor allem unsere Gaskraftwerke sind im Hinblick auf die zurückgehende Einspeisung aus Atomkraftwerken im Süden Deutschlands eine Versorgungsversicherung für diese Stadt und diese Region.
Und schließlich:
6. Über das Tagesgeschäft hinaus übernehmen wir mit der HSE Stiftung Verantwortung für die Region und fördern bürgerschaftliches, ehrenamtliches Engagement in den örtlichen Vereinen. Wir sind aktiver Mitspieler in der Zivilgesellschaft hier vor Ort.

Fazit:

Wer vor Ort Geld verdient, kann sich auch vor Ort engagieren. Wer unser Kunde ist, wird nicht nur ordentlich bedient, er stützt unsere hohen Werte für Innovation und Weiterentwicklung der Energiewirtschaft in der Region Südhessen.

Meine Damen und Herren,
ich möchte mich nun dem Kernthema, den aktuellen energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen, zuwenden.

In der Folge von Wahlen bilden sich Regierungen. Im Bund eine Koalition aus CDU / CSU und SPD. Im Land eine Koalition aus CDU und Bündnis 90 / Die Grünen. Diese schließen jeweils Koalitionsverträge.

Dort wird selbstverständlich auch das Thema Energiepolitik behandelt. Im Bund umfasst das entsprechende Kapitel 13 Seiten - im Land Hessen sind es 5 Seiten.

Nun, der Umfang hat nicht zwingend etwas mit Qualität zu tun, aber darauf komme ich noch zurück.

Für uns, HSE und Entega, sowie die Energiewirtschaft insgesamt, ist zweierlei von grundlegender Bedeutung:

1. Die gesetzten Rahmenbedingungen müssen verlässlich sein. Energiewirtschaft rechnet langfristig. Wir arbeiten mit sehr hohen Investitionsleistungen in Netz und Kraftwerke. Diese können sich nur amortisieren, wenn die Rahmenbedingungen länger als ein paar Jahre halten.

2. Die zentralen energiewirtschaftlichen Fragen, die wahlkampfbedingt mehr als ein Jahr vor sich hin dümpeln, müssen jetzt vehement angepackt und zügig gelöst werden.

Aus meiner Sicht geht es dabei vorrangig um vier Punkte:

1. **Die Reform des Erneuerbaren Energiegesetzes (EEG):**

denn davon hängt die Höhe der zukünftigen EEG Umlage ab, die wir alle als Verbraucherinnen und Verbraucher mit dem Strompreis bezahlen müssen.

Für das Jahr 2014 beträgt sie 6,2 ct / kWh.

Im letzten Jahr betrug sie 5,3 ct/kWh.

In den vergangenen Jahren ist die EEG-Umlage pro Jahr um mindestens einen Cent/kWh gestiegen.

Wohlgemerkt,

die EEG-Umlage, mit der der zügige Ausbau der erneuerbaren Erzeugung finanziert wird, ist eine von der Politik - nicht von Ihrem örtlichen Energielieferanten Entega beeinflusste Größe.

Allerdings haben wir seitens Entega beschlossen, die Energiepreise stabil zu halten und die letzte Erhöhung der EEG Umlage nicht an Sie durchzureichen.

Also, ganz wichtig: Keine Preiserhöhung von Entega.

Meine Damen und Herren, die Entwicklung einer ständig steigenden EEG-Umlage muss gestoppt werden. Das ist die erste von vier Kernaufgaben des neuen Wirtschafts- und Energieministeriums.

2. **(Aufgabe) Neues Marktdesign:**

Wind- und Sonnenenergie sind so schnell gewachsen, dass sie theoretisch den deutschen Strombedarf an vielen Tagen allein decken könnten. Dank des im EEG festgelegten Einspeisevorrangs und der zugesagten Festvergütungen weit über dem Marktniveau verdrängen die Erneuerbaren die konventionellen Kraftwerke (also Kohle und Gas), und zwar auch die modernsten Anlagen. Trotzdem brauchen wir die Rückfallposition schnell zuschaltbarer Gaskraftwerke, die bereitgehalten werden für Zeiten, in denen der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Der Energiemarkt alter Schule ist jedoch ein reiner Produktionsmarkt. Geld gibt es nur für produzierte Kilowattstunden. Für das Bereithalten gibt es kein Geld. Wir sind der Überzeugung: Der neue Energiemarkt benötigt längst neue „Spielregeln“. Das Zeitalter der Grundlast, in der Kohle- oder Atomkraftwerke stetig Strom ins Netz einspeisten, ist vorbei.

3. **(Aufgabe des neuen Ministeriums) CO₂ Zertifikatemarkt:**

Die Menge und der Preis der CO₂ Zertifikate entscheidet darüber, ob alte, besonders viel CO₂ ausstoßende Braunkohle- und Steinkohlekraftwerke oder CO₂ arme Gas- und Dampfturbinenkraftwerke zum Einsatz kommen. Der CO₂-Zertifikate-Markt ist ein europäischer Markt. Er war dazu gedacht, moderne, CO₂-arme Kraftwerke zu belohnen.

Aufgrund der Wirtschaftskrise und des Rückgangs industrieller Produktion in Südeuropa, ist der Markt für CO₂ Zertifikate seit 2008 mehr und mehr in sich zusammengebrochen. 4,51 € kostet momentan die ausgestoßene Tonne CO₂. Damit moderne Gaskraftwerke rentabel arbeiten können müsste der Preis aber bei mindestens 40 Euro pro ausgestoßener Tonne CO₂ liegen (Studie des Analyse-Instituts „Energy Brainpool“ für Greenpeace).

Meine Damen und Herren,

Es ist schon paradox, dass Deutschland die erneuerbaren Energien mit nunmehr 20 Milliarden Euro im Jahr subventioniert, gleichzeitig aber die klimaschädliche Stromproduktion aus Braunkohle 2013 in Deutschland auf den höchsten Wert seit 1980 gestiegen ist.

Und ich halte es auch für bedenklich, dass in der Zeit der letzten Bundesregierung von der EU geplante Rettungsmaßnahmen des CO₂-Marktes durch das Veto eines deutschen Wirtschaftsministers verhindert wurden.

Ich komme zum vierten zentralen Punkt, um den sich Energiepolitik dringend kümmern muss:

4. Energieeffizienz:

Jede nicht verbrauchte Kilowatt-Stunde Strom stößt kein CO₂ aus. Im Übrigen kostet sie auch kein Geld.

Öffentliche und private Gebäude in Deutschland verbuchen für Heizung, Warmwasser und Beleuchtung einen Anteil von 40 % des Gesamtenergieverbrauchs. Das entspricht fast 30 % des gesamten CO₂ Ausstoßes.

In Hessen kann der Endenergieverbrauch (ohne Verkehr) durch Nutzung aller vorhandenen technischen Möglichkeiten bis 2020 auf etwa 105 TWh/a vermindert werden. (Nachhaltigkeitsstrategie Hessen aus Jan. 2010).

Dies entspricht einer Senkung um etwas mehr als 20 % in etwas mehr als 10 Jahren.

Soweit meine vier kritischen Mess-Punkte - EEG-Reform, Neues Marktdesign, CO₂-Markt und Energieeffizienz - an denen sich die Fortschritte der neuen Koalition beweisen müssen.

Und bevor wir nun in den Koalitionsverträgen nachsehen, was davon vielleicht schon in Arbeit ist, erlauben Sie mir noch einen Kommentar in eigener Sache!

Energie war und ist für unsere Volkswirtschaft eines der zentralen, wenn nicht das zentrale Thema. Die Energiewirtschaft ist nicht nur die nach Umsatz größte Branche unseres Landes und dementsprechend auch einer der wichtigsten Arbeitgeber - sie produziert darüber hinaus ein Gut, das die Lebensader moderner Gesellschaften geworden ist. In einer elektronischen Welt sind wir mehr und mehr, mit jeder Faser unseres täglichen Lebens, von Strom abhängig geworden. Und mir kommt es manches Mal so vor, als habe man in den letzten Jahren über die berechtigte Freude, dass wir aus Sonne und Wind Strom produzieren können, vergessen, dass dies allein noch kein verlässliches Energiesystem für eine moderne Gesellschaft ausmacht.

Strom ist ein flüchtiges Gut!

Nicht speicherbar! Nicht lagerfähig! Nicht sichtbar!

Und Strom ist ein geniales Gut!

Licht, Wärme, Produktion, Mobilität, Kommunikation, Internet, lebenserhaltend, lebensspendend, usw. - für alle nur denkbaren Anwendungsfälle einsetzbar! Und es werden immer mehr!

Und Strom gibt es nur, wenn im gesamten zusammenhängenden Netz Deutschlands und von Teilen Europas 50 Hertz unterbrechungsfrei zu jeder Sekunde gehalten werden. Damit besteht die Notwendigkeit zu jedem Zeitpunkt und an jedem Ort mindestens die gerade benötigte Abnahmeleistung kraftwerksseitig vorzuhalten.

Meine Damen und Herren,
die zügige Behandlung der von mir beschriebenen vier Mess-Punkte sind für uns alle von herausragender Bedeutung.

In diesem Zusammenhang ist es wenig hilfreich, wenn sich der SPD Wirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel sowie der CDU / CSU Fraktionsvize Michael Fuchs gegenseitig die Schuld zuweisen, warum die Energiepolitik in Deutschland stockt, wie in der Welt am Sonntag kurz vor Jahreswechsel nachzulesen war.

Wir brauchen jetzt weniger rhetorische Schlagabtausche als vielmehr konsequentes Handeln in Lösungen, denn die Energiewirtschaft insgesamt, aber insbesondere auch die HSE / Entega und unser Anteilseigner die Stadt Darmstadt kämpfen gerade mit einer schlecht gemanagten Energiewende.

Lasen Sie in der Vergangenheit überwiegend Berichte über die Finanzkrisen der E.ON, RWE oder EnBW, so hat die Krise inzwischen Regionalversorger und Stadtwerke erreicht.

Ja, das schlechte Management der Energiewende hat uns „zerzaust“, wie Manfred Köhler in seinem Kommentar in der FAZ Rhein-Main Zeitung geschrieben hat.

Blicken wir in unsere Bilanz, so zeigen sich ganz deutlich die Symptome, die durch das schlechte Management der Energiewende verursacht sind.

Beispielsweise der hohe Abschreibungsbedarf auf unsere hochmodernen Gaskraftwerke, die infolge des zusammengebrochenen CO₂ Marktes nicht zum Einsatz kommen und für die Vorhaltung von Leistung bisher nicht bezahlt werden.

Als Unternehmer haben wir reagiert. Die HSE Strategie setzt auf Konsolidierung und Wachstum gleichermaßen.

Und vom Grundsatz ist ebenfalls richtig, was Sie im Echo gelesen haben: „HSE auf Sparkurs“.

Ich möchte allerdings ergänzen: Wir sparen nicht nur, wir wachsen auch!
Heißt konkret:

1. Prozesse optimieren.
2. Fokussierung! Konzentration auf die Region, denn die neue Energiewelt erfordert Schnelligkeit und Kundennähe.
3. Erschließen neuer Erlösquellen, wie z. B. das Contracting, das heißt Bau, Betrieb, Wartung und Finanzierung dezentraler Kraftwerke für Geschäftskunden oder Beratung und Umsetzung von Energieeffizienz.

Meine Damen und Herren,

insgesamt hat die HSE / Entega in

- 14 Windparks
- 4 Solarparks
- 129 PV Anlagen
- 4 Biogasanlagen

mit einer Gesamtleistung von rund 300 MW erneuerbarer Energieerzeugung investiert. Das ist mehr als fast jeder andere Regionalversorger in Deutschland. Dadurch können 440.000 Tonnen CO₂ vermieden werden.

Flankierend zur erneuerbaren Energieerzeugung haben wir gemeinsam mit anderen Partnern in das modernste Gas- und Dampfturbinenkraftwerk Europas in Irsching sowie in ein schnell startendes Gasturbinenkraftwerk hier vor Ort in Darmstadt investiert. Gaskraftwerke wurden mit Recht als Übergangsenergie gelobt, die CO₂ arm und mit einem hohen Wirkungsgrad ausgestattet sind.

Damit waren sie der kongeniale Partner der erneuerbaren Energieerzeugung. Gaskraftwerke lassen sich in wenigen Minuten hochfahren, wenn der Wind nicht weht oder die Sonne nicht scheint, sind sie parat!

Allein hier in Darmstadt haben wir rund 60 Millionen Euro in eine Gasturbine investiert, die seit Inbetriebnahme nur wenige Stunden am Netz war.

Rein betriebswirtschaftlich betrachtet, müssten wir das Kraftwerk abschalten. Abgesehen davon, dass dies vom Grundsatz her zu Lasten der Versorgungssicherheit ginge, dürfen wir es auch gar nicht.

Auch dann nicht, wenn wir Verluste machen.

Denn die Bundesnetzagentur hat unser Kraftwerk als systemrelevant für die Erhaltung der Versorgungssicherheit in Deutschland qualifiziert. Wir müssen es also einsatzbereit halten. Aber Geld bekommen wir, bekommt die Stadt dafür nicht.

Damit ein wirtschaftlicher Weiterbetrieb dieser und ähnlicher Anlagen möglich ist, brauchen wir ein neues Marktmodell, das sowohl das Vorhalten der Energiereserve als auch die Leistung honoriert.

Meine Damen und Herren,

wie sind die Aktivitäten von HSE / Entega vor dem Hintergrund der eingangs erwähnten Koalitionsvereinbarungen im Bund und im Land Hessen zu bewerten? Welche Lösungen zeigt die Politik auf?

Blicke ich in den Koalitionsvertrag der Bundesregierung so kann man generell sagen: Zwar stimmt vielfach die Richtung, aber das meiste bleibt unkonkret oder soll vor einer Entscheidung noch genauer geprüft werden. Wann - bleibt offen.

1. Zur Reform des EEG:

Zunächst hieß es: Die Reform des EEG solle bis Ostern vorliegen – allerdings zunächst im Entwurf. Das parlamentarische Verfahren schlosse sich dann ja noch an – also wäre bestenfalls ein Beschluss zur Mitte des Jahres möglich. Das hieße Umsetzung zum 1.1.2015. Allerdings wurde die Formulierung inzwischen leicht abgeändert: jetzt heißt es: bis Ostern sollen Eckpunkte der Reform vorgelegt werden. Man darf gespannt sein.

Meine Damen und Herren,

Wir wünschen uns einen guten Vorschlag für ein wichtiges Reformgesetz - auch im Interesse von Ihnen - unseren Kundinnen und Kunden - denn ein Anstieg der EEG Umlage ins Uferlose ist für niemanden mehr tragbar. Die bisher vorgelegten Ideen – Strompreisbremsen genannt – griffen alle zu kurz. Auch die jüngst von Teilen der CSU eingebrachte Finanzierung über einen Fonds löst kein Problem. Die Materie ist kompliziert. Das Verschieben von Kostenbestandteilen von den Unternehmen Richtung Verbraucher oder von Unternehmen Richtung Staat löst das Grundproblem nicht. Reine Umverteilung ist keine Reform!

Wie aber könnte ein neues EEG in Grundzügen aussehen?

Als erstes kostendämpfendes Element eines echten Neuansatzes für das EEG sehe ich die Einführung einheitlicherer Fördersätze und die Einziehung einer Vergütungsobergrenze pro Kilowattstunde für alle Arten von erneuerbaren Energien. Ausreißer in den Fördersätzen zur Protegierung einer bestimmten Technologie sollten der Vergangenheit angehören. Insbesondere bei On-shore Wind sollte allerdings zwischen guten und schlechten Standorten differenziert werden. Werden schlechtere Standorte eher an der Obergrenze vergütet, dann wird gleichzeitig ein dezentraler Ausbau der Windenergie in Deutschland weiterhin möglich sein.

Das zweite wichtige Element für die Reform des EEG ist eine sofortige verpflichtende Direktvermarktung für Strom aus Neuanlagen, und zwar ab einer Anlagengröße von einem MW (nicht ab 5 MW, und nicht erst 2017, wie in der Koalitionsvereinbarung zu lesen).

Was heißt Direktvermarktung?

Es heißt, das Strom aus Wind und Sonne und der Strombörse gleichberechtigt neben Kohlestrom gehandelt wird und zum selben Marktpreis verkauft wird. Für eine gewisse Zeit kann es noch sogenannte Marktprämien geben, die eventuelle Deltas zwischen Marktpreis und dem einheitlichen Fördersatz ausgleichen. Aber die Zeit ist reif, die Erneuerbaren Anlagen relativ zügig an den Markt heranzuführen.

Drittens: Die Zahl der Eigenerzeuger, seien sie gewerblich oder privat, wächst. Diese sind EEG- und oft auch netzentgeltbefreit, sie sind also Profiteure der Umlage, zahlen aber nicht dafür ein. Sie benutzen weiterhin das Netz, zahlen aber nicht mehr für die dafür, ihr Anteil wird einfach auf die anderen Verbraucher umgelegt. Je höher also die Zahl der Eigenerzeuger, je höher die Preissteigerungen für diejenigen, die keine PV-Anlage o.ä. betreiben. Diese Unwucht muss beseitigt werden! Jeder der das Verteilnetz nutzt, und zwar egal für wieviel Stunden, muss für den Erhalt und Betrieb der Netze auch etwas zahlen.

Für einen beherzten Reformvorschlag in Sachen EEG freuen wir uns auf Ostern. Wir hoffen, dass wir einen guten Entwurf im Nest finden werden.

Nun zum zweiten zentralen Punkt, der für eine funktionierende neue Energiewelt der Zukunft angepackt werden muss:

(2.) Neues Marktdesign / sog. Kapazitätsmechanismen

Dazu heißt es in der Koalitionsvereinbarung:

„Es ist mittelfristig ein Kapazitätsmechanismus zu entwickeln, unter dem Gesichtspunkt der Kosteneffizienz im Einklang mit europäischen Regelungen und unter Gewährleistung wettbewerblicher und technologieoffener Lösungen“.

Meine Damen und Herren,

Was heißt mittelfristig? Drei Jahre? Fünf Jahre?

Dies ist eine unkonkrete und damit unbefriedigende Formulierung, die die wirtschaftliche Not, insbesondere beim Betrieb von modernen Gaskraftwerken in keiner Weise berücksichtigt.

Will man einen Lösungsvorschlag machen, muss man zunächst einen Blick auf den Strommarkt werfen.

Der Strommarkt ist ein künstlicher Markt. Die Marktregeln oder mit anderen Worten das Marktdesign sind von Ordnungspolitikern geschaffen worden. Dies heißt auch, dass sich dieser Markt nicht von allein in Richtung eines neuen funktionierenden Energiesystems im Einklang mit dem wachsenden Erneuerbaren - Park bewegen wird, was manches Mal als Hoffnung formuliert wird. Im herkömmlichen Markt wird für produzierte Kilowatt-Stunden bezahlt. Der neue Markt braucht die Vorhaltung von Sicherheitskraftwerken. Und dafür muss schnellstens eine ganz neue Währung geschaffen werden.

Kapazitätsmärkte gibt es bereits in etlichen Regionen der USA und sie werden in Frankreich und Großbritannien derzeit umgesetzt. In Deutschland haben die energiewirtschaftlichen Verbände verschiedene Modelle zur Ausgestaltung eines Kapazitäts-marktes vorgelegt. Allerdings handelt es sich bei diesen Modellen nicht um Lesestoff, den man mit der morgendlichen Zeitung inhalieren kann. Und vielleicht hat die Zögerlichkeit, sich diesem Thema anzunehmen ja auch mit der Tatsache zu tun, dass wir inzwischen innerhalb von 24 Monaten den dritten deutschen Energieminister willkommen heißen dürfen.

Fest steht: Zusätzlich zum bestehenden sogenannten „Energy-only-Markt“ muss in jedem Fall ein Markt für Versorgungssicherheit geschaffen werden.

Dies ist dringend erforderlich, weil mit abnehmender Wirtschaftlichkeit der Kraftwerke das wichtige Gut „gesicherte Leistung“ und damit die Versorgungssicherheit nicht mehr selbstverständlich sein wird.

In diesem Zusammenhang sind unter klimapolitischen Gesichtspunkten selbstverständlich diejenigen Kraftwerke zu bevorzugen, die Produktion aus CO₂ armen Gaskraftwerken für vorhalten.

Da für Investoren wie HSE / Entega heute keine Lösung auf Sicht erkennbar ist, werden wir unseren Abschreibungen aus 2013 (8 Mio. € Irsching, 10 Mio. € GTKW) weitere in 2014 hinzufügen müssen. Und das wird natürlich auf unser Unternehmensergebnis durchschlagen. Sie können sicher sein, wird werden nicht nachlassen darauf hinzuweisen, dass diese unglückliche Regelung eines Stilllegungsverbot auf der einen Seite und der mangelnden Vermarktungschance auf der anderen Seite nicht hinnehmbar ist.

3.CO₂ Zertifikate-Markt – was sagt die Koalitionsvereinbarung hierzu?

„Die Koalition will einen wirksamen Emissionshandel auf europäischer Ebene. Dabei muss die Reduzierung der emittierten Treibhausgasmengen zentrales Ziel des Emissionshandels bleiben“. Und weiter: „Bei der von der EU Kommission geplanten Herausnahme von 900 Mio. Zertifikaten aus dem Handel muss sichergestellt werden, dass es sich um einen einmaligen Eingriff in das System handelt,...“.

Meine Damen und Herren,
hier ist zumindest ein kleiner Fortschritt erkennbar. Bisher hatte sich - wie beschrieben - der deutsche Wirtschaftsminister stets gegen den EU-Vorschlag des sogenannten Backloading also der Herausnahme und Verschiebung von 900 Mio. Zertifikaten auf das Ende des Jahrzehntes gesperrt. Allerdings wissen wir, dass der Effekt dieser Verknappungsmaßnahme sehr klein sein wird. Und die Formulierung lässt offen, wie der CO₂ Zertifikatemarkt weiter konkret strukturiert werden soll.

Festzuhalten ist, dass dem CO₂-Markt durch den temporären Entzug von 900 Mio. Zertifikaten kein neues Leben eingehaucht werden wird. Dazu ist diese Maßnahme viel zu vorsichtig.

2013 wurden über 162 Milliarden kWh Strom aus Braunkohle erzeugt – 1980, als noch viele DDR-Meiler liefen, waren es knapp 171 Milliarden kWh. Wir sind also auf das Niveau von 1980 zurückgefallen, was unsere CO₂-Bilanz angeht.

Welche Lösungen kämen in Betracht?

Denkbar wäre eine weitere Herausnahme von CO₂ Zertifikaten aus dem Markt. Diese müssten dann aber **dauerhaft** dem Markt entzogen werden, um einen nachhaltigen Effekt zu erzielen.

Alternativ wären CO₂ Grenzwerte pro produzierter Kilowattstunde (Modell der USA) oder eine CO₂ Steuer denkbar. In den USA gelten die Grenzwerte allerdings bisher nur für neue Kraftwerke, nicht für solche im Bestand. In Deutschland müssten gerade bestehende, alte Braunkohle- und Steinkohlekraftwerke erfasst werden.

Abschließend sei festgehalten, dass als positiv einzuschätzen ist, dass sich Bundesminister Gabriel, wie am Wochenende zu vernehmen war, gerade intensiv mit dem CO₂-Handel auseinandersetzt und dabei eine andere Richtung einschlägt, als sein Vorgänger im Wirtschaftsministerium.

Ich komme zum vierten Punkt, um den sich das neue Ministerium aus unserer Sicht kümmern muß.

4. Energieeffizienz

Richtigerweise wird „Effizienz als zweite Säule einer nachhaltigen Energiewende“ im Koalitionsvertrag qualifiziert. Allerdings fehlt es an konkreten Zielen und mit Zahlen hinterlegten Maßnahmen.

Wortwörtlich heißt es im Vertrag:

„In einem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz will die Koalition die Ziele für die verschiedenen Bereiche, die Instrumente, die Finanzierung und die Verantwortung der einzelnen Akteure zusammenfassen. ... Die dafür vorzusehenden Mittel werden durch Haushaltsumschichtung erwirtschaftet“.

Also: Keine Zahl. Keine Maßnahme. Nichts Konkretes!

Demgegenüber enthielt der erste Entwurf des Koalitions-vertrages noch ein eigenes Kapitel „Finanzierung Energie-effizienzmaßnahmen“ und es wurden 5 Mrd. Euro, gestreckt über 5 Jahre, dafür vorgesehen.

Meine Damen und Herren,
das Kapitel „Effizienz“ im aktuellen Koalitionsvertrag ist überaus enttäuschend.
Es bleibt bei Absichtserklärungen.

Es liegt völlig im Dunklen, in welchem Umfang Maßnahmen gefördert werden sollen.
Baulicher Wärmeschutz sowie der Einsatz modernster Gebäude- und Anlagentechnik sind
aber ein entscheidender Hebel zur Sanierung des Gebäudebestandes in Deutschland, zur
Reduzierung der Energiekosten sowie des CO₂ Ausstoßes.

Es würde einfach nicht zu einer „Energiewende“ passen, wenn wir bei unseren Gebäuden,
vor allem beim Gebäudebestand alles so stehen und liegen lassen wie es ist. Wir können die
Koalitionäre nur ermuntern, hier kräftig nachzusteuern.

Für die Instandhaltung und Modernisierung einer Gebäudeinfrastruktur gerade einer älter
werdenden Gesellschaft brauchen wir konkrete Anreize, eine konkrete
Anschubfinanzierung, die alle Schichten der Bevölkerung erreicht, seien sie Arbeitnehmer,
Selbständige oder Rentner.

Ich bin hier sehr bei der These des Präsidenten der Handwerkskammer Rhein-Main, Herrn
Bernd Ehinger, der immer wieder auch in politischen Kreisen betont, dass eine
Anschubfinanzierung vielfach in das Staatsäckel zurück fließt. Auf einen Euro gesparten
Steuergeldes werden oft 5-7 Euro Ersparnes ausgegeben. Und so sollte man ein
Förderprogramm Energieeffizienz durchaus auch als Konjunkturprogramm begreifen.

Dieser entscheidende Hebel muss dringend genutzt werden, wenn wir die Ziele der
Energiewende erreichen wollen.

Meine Damen und Herren,

Blickt man unter dem Gesichtspunkt derselben vier Kern- oder Messpunkte der
Energiewende in den Koalitionsvertrag in Hessen ergibt sich ein anderes Bild. Hier wird
vieles konkreter:

1. Das 2 % Flächenziel für den Ausbau von Windkraftanlagen wird bekräftigt.
2. Die Deutsche Flugsicherung (DFS) verlangt beim 360 Grad Drehfunkfeuer neuerdings
grundsätzlich, einen 15 km Abstand bei Windkraftanlagen aus Sicherheitsgründen
einzuhalten. Das geht eindeutig zu Lasten des 2 % Flächenziels für Hessen. Viele
windhöfliche Standorte wären deshalb nicht mehr nutzbar.
Der Koalitionsvertrag strebt ein Konzept zur Einzelfallprüfung an. Dies ist ohne Zweifel
ein Schritt in die richtige Richtung.
3. Bei den Kapazitätsmechanismen spricht sich die Hessische Landesregierung für einen
Kapazitätsmarkt hinsichtlich hocheffizienter, flexibler und CO₂ armer Gaskraftwerke
aus. Auch die Vorhaltung der entsprechenden Kraftwerksleistung soll honoriert werden.

Das ist eine konkrete Vorstellung, die völlig mit den ursprünglichen Zielen der
Energiewende übereinstimmt.
Sie entspricht und honoriert die vorausschauende Handlungsweise von
Energieunternehmen die ihr Geld für modernste Erzeugungsanlagen aufgewendet
haben.

4. In der *„...Energieeffizienz liegen die größten Potenziale für Verbesserungen“*, so der
Koalitionsvertrag. Konkret wird eine Sanierungsquote von 2,5 % bis 3 % angestrebt.
Die Beratung und Umsetzung soll gemeinsam mit Handwerkern und Stadtwerken unter
Einbindung der heimischen Wirtschaft erreicht werden.

Ein konkretes und anspruchsvolles Ziel, das zur Energiewende passt, zwar noch ohne Förderkonzept, aber dies könnte passgenau nachgearbeitet werden.

Die Bilanz aus der Hessischen Koalitionsvereinbarung fällt, sowohl hinsichtlich der Inhalte, als auch ihrer konkreten Darstellung sehr positiv aus. Insofern können 5 Seiten Koalitionsvertrag mehr bewirken, als 13 Seiten.

Meine Damen und Herren,

eine bisher schlecht gemanagte Energiewende hinterlässt derzeit deutliche Spuren in unserer Bilanz. Diese Auswirkungen setzen sich unmittelbar bei den Kommunen, in unserem Fall der Stadt Darmstadt, fort, denn die Kommunen sind grundsätzlich auf eine Dividende für den städtischen Haushalt angewiesen. Diese besondere Verantwortung der Energieversorger für die städtischen Haushalte ist eine Säule des kommunalen Geschäftsmodells, die wir sehr ernst nehmen. Die Landespolitik ist an dieser Konstellation näher dran als die Bundespolitik. Dies merkt man deutlich an den unterschiedlichen Schwerpunkten der Koalitionsvereinbarungen.

Mit unserer HSE-Vorwärtsstrategie, die auf Konsolidierung und auf Wachstum setzt, steuern wir gegen die Belastungen aus der Energiewende. Wir sind zuversichtlich, dass wir die richtigen Weichen gestellt haben. Allerdings zählen wir darauf, dass die Politik sich der geschilderten Themen schnellstens annimmt und die losen Enden des Koalitionsvertrages in feste Ziele und konkrete Maßnahmen gießt.

Meine Damen und Herren,

Das kommunale Modell funktioniert bestenfalls nach dem Prinzip eines Mischkonzerns. Die kommunalen Unternehmen – seien es Energieunternehmen, Wohnungsunternehmen, Finanzinstitute, Mobilitätsunternehmen, um nur einige Beispiele zu nennen – sie stehen für ihre Kompetenzen und kooperieren da, wo es Sinn macht. Für die kommunale Familie bieten sich gerade in der Energiewende neue Chancen.

Auch im Hinblick auf die bisherige Entwicklung der Energie-wende sind wir der Meinung, dass es gut war, dass wir voran gegangen sind.

HSE / Entega haben bislang rund 840 Mill. Euro in die erneuerbare Erzeugung investiert. Diesen Geschäftszweig haben wir ganz neu aufgebaut. Heute sind wir in der Lage, On-shore Windparks selbst zu entwickeln. Diese Art der Wertschöpfung erhöht die Rentabilität und damit den Gewinn des jeweiligen Projekts. Ohne ein solches Engagement wäre Hessen, zumindest Südhessen, von der Entwicklung und den Ertragschancen abgehängt worden.

Wir halten es für wesentlich, dass die Energieversorgung im Sinne der Bürger weiterentwickelt wird. Wir halten es für wichtig, dass wir uns einmischen bei dem, was in Berlin entschieden wird. Zum einen aus Gründen der Kostenentwicklung, zum anderen, damit unsere Region versorgungssicher bleibt und von Chancen profitiert.

Unsere erfolgreichen regionalen Kooperationen bei der Entwicklung von Windparks, in der Energieeffizienz, aber auch im Vertrieb lassen sich weiter ausbauen.

Wie in anderen Geschäftszweigen gilt es auch hier, innovative Entwicklungen für das Tagesgeschäft zu nutzen.

Ganz aktuell ist die HSE / Entega der Wasserstoff- und Brennstoffzelleninitiative Hessen beigetreten. Mit anderen Partnern wollen wir Ideen für neue Speicherprojekte umsetzen. In Kooperation mit dem Heiztechnikunternehmen Viessmann werden in einem Feldversuch vier Blockheizkraftwerke auf Brennstoffzellenbasis für kleine Wohneinheiten getestet.

Ist der Feldversuch erfolgreich, dann können diese Blockheizkraftwerke eine Komponente der energetisch vorbildlichen Quartiersanierung hier in der Region sein. Die regionale Sanierung im Gebäudebestand unter Energieeffizienzgesichtspunkten ist ein zukunftssträchtiger Geschäftszweig, der nur mit Partnern vor Ort erschlossen werden kann. Dafür setzen wir auch mit unserer in Gründung befindlichen Beratungsplattform mit dem hessischen Handwerk ein Zeichen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss!

Das Thema Energie ist ein spannendes und umfassendes. Mich persönlich lässt es seit 20 Jahren nicht mehr los. Und nicht erst seit ich den neuen Bestseller „Blackout“ von Marc Elsberg gelesen habe, weiß ich, dass wir an einem sensiblen System arbeiten, das vor einem langen Innovationsschub steht. Es ist wichtig, dass Kommunen und ihrer Versorger diese Zukunft mitgestalten.

Sie werden technisch und wirtschaftlich davon profitieren.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.